



Bezahlbarer Wohnraum fehlt auch im ländlichen Raum

Wege zu einer abgestimmten Wohnungs- und Wohnungsbaupolitik

Autorin Anita Schneider, Landrätin Landkreis Gießen

Die Förderung von bezahlbarem Wohnraum konzentriert sich derzeit auf die Ballungsräume und Großstädte. Der ländliche Raum ist hierbei noch zu wenig im Fokus – insbesondere jene Landkreise, die eher als städtische Kreise (gemessen an der Einwohnerdichte) und als ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen bezeichnet werden können. Der Landkreis Gießen zählt mit 300 Einwohnern pro Quadratmeter zu einem verdichteten Landkreis. Die Sonderstatusstadt Gießen ist für viele nicht nur Arbeitsort, sondern oft auch „Wunschwohnort“. Der bezahlbare Wohnraum in der Stadt ist knapp und die Stadt hat beschlossen, beim Zuwachs des bereits realisierten und geplanten bezahlbaren Wohnraums die Stadtbevölkerung zu bevorzugen. Dies hat Folgen für die Städte und Gemeinden, die im sogenannten „Speckgürtel“ von Gießen liegen.

Gleichwertige Lebensverhältnisse herstellen

Mit Blick auf die Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen im Kreisgebiet und einer gleichwertigen Raumentwicklung darf eine gestaltende Kreispolitik nicht nur den sog. „Speckgürtel“ rund um die Stadt Gießen im Blick haben. Vielmehr braucht es ein Instrumentarium, welches zu einer ausgewogenen Entwicklung zwischen strukturstarken und strukturschwachen Teilräumen im Kreisgebiet beiträgt. Hierzu zählt auch ein zeitgemäßes, zielgruppenorientiertes und bezahlbares Angebot an Wohnraum im gesamten Kreisgebiet.

Zur Koordinierung und Gestaltung eines solchen Angebotes hat der



Landrätin Anita Schneider setzt sich für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ein.

Quelle: Landkreis Gießen

Landkreis zusammen mit elf Kommunen (zwei weitere sind derzeit im Beitrittsverfahren) eine interkommunale Gesellschaft mbH für Wohnungsbau und Strukturförderung (SWS) gegründet. Auf der Grundlage eines in Auftrag gegebenen und im letzten Jahr vorgelegten Wohnraumversorgungskonzeptes wird diese Gesellschaft nicht nur eine ausgewogene Entwicklung im Kreisgebiet fördern, sondern mit den Kommunen neue und den jeweiligen kommunalen Voraussetzungen und Anforderungen entsprechende Wege zur Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum aufzeigen und umsetzen. Erste

Projekte sind in Planung. So stellen der Landkreis und die Stadt Lich eine größere Fläche für Wohnbebauung in ein Wettbewerbsverfahren. Bedingung für den Erwerb der Fläche ist es, dass 25 Prozent des Gesamtwohnungsbaus bezahlbar und barrierefrei zur Verfügung stehen. Über dies hinaus fördert der Landkreis bezahlbaren Wohnraum im Jahr 2018 mit 1,2 Millionen Euro.

Bedarf an zusätzlichem Wohnraum

Diese Vorgehensweise wird durch die Ergebnisse des Wohnraumversorgungskonzeptes verifiziert. Dieses

Inhalt

Wohnungsnot ist zum gesellschaftlichen Thema geworden

Ortsbeiräte in Hessen

Aufsuchende Sozialarbeit: neu konzipiert in Lampertheim

Gemeinsam für die Ortsinnenentwicklung

Gesundheitsversorgung auf dem Land in Hessen

Aktives Frauennetzwerk

Landesdelegiertenkonferenz der SGK Hessen

zeigt auf: Es gibt im gesamten Kreisgebiet einen Bedarf an zusätzlichem Wohnraum bis 2030. Davon entfällt ein großer Teil auf bezahlbaren, barrierefreien und kleinen Wohnraum.

Dies begründet sich durch die demografische Veränderung der Gesellschaft. Wir werden älter, aber im Sinne der Lebensvielfalt auch bunter. So steigt auch der Anteil der Single-Haushalte unabhängig vom Alter.

Festgestellt wurde zudem, dass der Anteil der größeren Wohnungen im ländlichen Raum höher ist als in der Stadt und zudem ca. 45 Prozent der

Wohnungen mit einer Wohnfläche von über 100 Quadratmetern von Ein- und Zweipersonenhaushalten bewohnt werden.

Dies zeigt über den Bedarf an bezahlbaren Wohnungen hinaus: Wir brauchen auch eine ressourcenschonende Wohnungsbaupolitik, die darauf abzielt, älteren Menschen ein bezahlbares passendes Wohnangebot vor Ort anzubieten. Mit einem solchen Angebot kann es gelingen, die dann freiwerdenden größeren Wohneinheiten Familien zur Verfügung zu stellen. Gerade mit Blick auf die Siedlungen der 60er und 70er Jahre zeigen die Häuser und Wohnungen vergleichsweise hohe Wohn-

nebenkosten und insgesamt hohe Wohnkosten auf. Der Verkaufserlös und die Vermietbarkeit sind von der lokalen Marktsituation abhängig, jedoch auch von dem zum Teil hohen energetischen Sanierungsbedarf dieser Häuser. Somit stecken die älteren Eigentümer*innen – oft schon alleinstehend – in der sog. „Eigentumsfalle“. Ein Wechsel in eine kleinere barrierefreie Wohnung ist aus dem Verkauf bzw. der Vermietung der Wohnung nicht zu finanzieren. Es fehlt an bezahlbaren kleinen Wohnungen vor Ort oder in der Nähe. Gleichzeitig fehlt die finanzielle Unterstützung, die Familien mit niedrigen bis mittleren Einkommen den Erwerb oder die Anmietung eines

solchen Hauses möglich machen. Hier braucht es eine zielgerichtete Förderpolitik, um die Gebäudestruktur dieser Siedlungen zukunftsfähig weiterzuentwickeln.

Abgestimmte regionale Wohnbau- und Wohnungspolitik notwendig

Die SWS will neben Wohnungsbauförderung und regionaler Strukturpolitik wieder vermehrt wohnungspolitische Instrumente nutzen. Es soll ein Verzeichnis von Sozialwohnungen im Landkreis entstehen, differenziert nach Belegungsrechten. Wir wollen nicht in eine Situation kommen, wie sie sich heute abzeichnet. Immer weniger Sozialwohnun-

gen stehen zur Verfügung, weil derzeit mehr Wohnungen aus der zeitlich befristeten Sozialbindung herausfallen, als neue gebaut werden.

Dies sind nur drei gute Gründe für eine abgestimmte regionale Wohnbau- und Wohnungspolitik. Dies ist regionale Strukturpolitik, die soziale und kulturelle Teilhabe sichert, ländliche Räume gezielt weiterentwickelt und innovative neue Ansätze zur Sicherung bezahlbaren Wohnraums generiert. Eine solche interkommunale Aufstellung zur regionalen Entwicklung braucht mehr Aufmerksamkeit und eine gute Förderpolitik. Dies vermissen wir derzeit von Seiten der schwarz-grünen Regierung.

Wohnungsnot ist zum gesellschaftlichen Thema geworden

Wohnen gehört zum menschenwürdigen Leben

Autorin Kirsten Fründt, Vorsitzende der SGK Hessen e.V.

In Hessen fehlen pro Jahr 37.000 Wohnungen. Gebaut werden nur 17.000. Das führt dazu, dass immer mehr Haushalte über 30 Prozent ihres verfügbaren Nettoeinkommens für die Miete ausgeben müssen. Das sind in Frankfurt und Offenbach 45 Prozent der Bevölkerung, in Darmstadt und Kassel auch nicht viel weniger.

Und das Problem erfasst auch die Landkreise. In den Kommunen, die um die Metropolen liegen, wird ebenfalls die Wohnungsnot spürbar. Wie beispielsweise in Langgöns, Linden und Wettenberg im Landkreis Gießen. Deshalb hat die Landrätin Anita Schneider (SPD) die Initiative ergriffen und mit den meisten Kommunen des Landkreises Gießen die SWS (sozialer Wohnungsbau und Strukturförderung) GmbH gegründet. Darüber berichten wir in unserem Leitartikel.

Landesregierung muss handeln

Das zeigt, dass immer mehr Organisationen und Körperschaften bereit sind, sich für den Bau von mehr

Wohnungen zu engagieren. Und tatsächlich, alle politischen Kräfte sind aufgefordert, die Schaffung von bezahlbaren Wohnungen zu ihrer Kernaufgabe zu machen. Auch die Hessische Landesregierung, die zwar dem „Masterplan“ Wohnen in bunten Broschüren und schrillen Kampagnen begleitet, aber nicht wirklich aktiv wird. Das meiste Geld, das in den Sozialen Wohnungsbau fließt, kommt vom Bund oder aus der landeseigenen Bank. Die Bau-



Kirsten Fründt, Vorsitzende der SGK Hessen, plädiert für die Aufhebung des Kooperationsverbotes.
Quelle: Georg Kronenberg

landoffensive stellt Geld für Machbarkeitsstudien zu Verfügung, aber auch nur dort, wo qua Definition Gebiete mit erhöhtem Wohnungsbedarf sind. Die Landkreise fallen da zum großen Teil heraus.

Zwar verspricht die Landesregierung, eigene Liegenschaften günstiger zu verkaufen, aber wenn es zum Schwur kommt wie beim Verkauf des ehemaligen Frankfurter Polizeipräsidiums, dann setzt sie ihre Versprechen nicht um.

Kooperationsverbot aufheben

Die SGK Hessen hält es für unabdingbar, dass das Kooperationsverbot aufgehoben wird. Die Kommunen brauchen Bundesmittel für den Wohnungsbau, um die Herkulesaufgabe zu meistern.

Aber auch das Land muss mehr originäre Mittel für den Bau von Sozialwohnungen und für Wohnungen mittlerer Einkommen zu Verfügung stellen. Diese Mittel müssen als Zuschuss vergeben werden und nicht als Darlehen.

Das Hessische Wohnraumfördergesetz muss novelliert werden und die Verlängerung der Bindungsdauer wie auch die Erhöhung der Einkommensgrenzen beschlossen werden. Hier war und ist Schwarz-Grün halbherzig.

Damit das Land Grundstücke preiswerter für den Wohnungsbau zur Verfügung stellen kann, muss die Landeshaushaltsordnung geändert werden. Das würde es auch Kommunen ermöglichen, eigenes Land zu günstigen Preisen zu Verfügung zu stellen.

Aus kommunaler Sicht begrüße ich ein Satzungsrecht, das es den Kommunen ermöglicht Erhaltungssatzungen zu beschließen, um Spekulation zu verhindern. Mieter dürfen nicht mehr verdrängt werden.

Unser Grundgesetz sagt, dass die Würde des Menschen unantastbar ist. Wohnen gehört zu einem menschenwürdigen Leben. Es ist die Verantwortung aller politischer Ebenen, dafür zu arbeiten.

19 verlorene Jahre für den ländlichen Raum

Landtagsdebatte zur Regionalentwicklung



Thorsten Schäfer-Gümbel.

Foto: Pietro Sutera

Die ländlich geprägten Regionen Hessens sind in 19 Jahren Regierungsverantwortung der CDU immer weiter abgehängt worden. Thorsten Schäfer-Gümbel sagte an die Adresse der CDU: „Sie haben die Regionalentwicklung für den ländlichen Raum zusammengestrichen und die Mittel für die Dorferneuerung gekürzt. Sie haben Gerichte und Behörden auf dem Land geschlossen. Und jetzt, kurz vor der Landtagswahl, versuchen Sie angeblich, Probleme in den Griff zu bekommen, die es ohne die misslungene Regionalpolitik der CDU gar nicht gäbe.“

Das von Schwarz-Grün pompös angekündigte Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum nannte Schäfer-Gümbel eine dreiste Mogelpackung. „Die CDU klebt auf längst verplante Haushaltsmittel ein neues Etikett und nennt das ein Programm.“

Er forderte, endlich sinnvolle Maßnahmen gegen das wachsende Stadt-Land-Gefälle zu ergreifen, statt die Missstände auch noch im Landesentwicklungsplan zu zementieren. Er sagte: „Auch unsere Kleinstädte und Dörfer brauchen Einrichtungen für Gesundheit,

Pflege, Bildung, Kinderbetreuung und Kultur. Büchereien, Volksbildungsvereine, Volkshochschulen und Musikschulen, Schwimmbäder, Museen und andere Einrichtungen dürfen nicht länger quasi als „Luxus“ gelten, der je nach Kassenlage dem von der Landesregierung ausgeübten Sparzwang zum Opfer fällt.“

Schäfer-Gümbel verlangte, die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung im ländlichen Raum nachhaltig zu verbessern. Dazu zählten insbesondere der Ausbau der Breitbandversorgung und

der Funknetze, mit denen sich die Zukunft der kleinen Städte und Dörfer in Hessen entscheide. Auch müsse der ländliche Raum für Familien attraktiver gemacht werden.

Polizei arbeitet am Limit

Trotz widriger Umstände leisten die Beamtinnen und Beamten der hessischen Polizei erfolgreiche Arbeit. Nancy Faeser sagte in der Landtagsdebatte zur Kriminalstatistik 2017, dass in vielen Organisationseinheiten der Polizei personell am Limit gearbeitet werde.



Nancy Faeser.

Foto: Angelika Aschenbach

Der Rückgang der Straftaten in Hessen 2017 um 36.000 Fälle sei kein Erfolg von Innenminister Beuth. Der Rückgang der Fallzahlen rühre größtenteils daher, dass es allein 24.355 weniger Verstöße gegen das Aufenthaltsrecht gegeben habe. Dies wiederum erkläre sich mit der niedrigeren Zahl der Zuwanderer.

Insgesamt, so Faeser, entsprächen die vom Innenminister für sich reklamierten Erfolge nicht dem subjektiven Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung. Nancy Faeser sagte: „Viele Straftaten tauchen in der Statistik des Innenministeriums gar nicht auf. Damit bildet die polizeiliche Kriminalitätsstatistik nicht das ganze Ausmaß der Straftaten in unserem Land ab. Deshalb fordern wir eine Studie mit wissenschaftlicher Begleitung, die das Dunkelfeld bei der Kriminalität erforscht. Dieses ist gerade im Bereich der häuslichen Gewalt und bei Sexualdelikten sehr groß.“

Schwarz-grüne Preistreiberei

Preistreiberei, die dazu beiträgt, bezahlbares Wohnen zu verhindern, hat Thorsten Schäfer-Gümbel der schwarz-grünen Koalition vorgeworfen. Anlass ist der Verkauf des ehemaligen Polizeipräsidiums Frankfurt für über 212 Mio. Euro.

Statt dringend nötige Flächen für bezahlbares Wohnen günstig zur Verfügung zu stellen, habe sich das Land wie ein Bodenspekulant verhalten.

„Damit ist die Landesregierung für horrende Mieten und Kaufpreise mitverantwortlich. Wie sollen sich Familien und Menschen mit normalem Einkommen das leisten?“ Bezahlbarer Wohnraum sei die soziale Frage des nächsten Jahrzehnts, insbesondere im Ballungsgebiet. Schwarz-Grün trage zur Lösung des Problems nichts bei.“



Kein Platz für bezahlbares Wohnen – das Land hat das alte Polizeipräsidium zum Höchstpreis verkauft.

Foto: Carsten Ratzke, CC BY-SA 3.0.



SGK-Konferenz der Ortsbeiräte

Fotos (2): SGK Hessen e.V.

Ortsbeiräte in Hessen

Kommunalpolitisches Placebo oder kommunalverfassungsrechtliche Institution?

Autor Michael Siebel, Geschäftsführer der SGK Hessen e.V.

Unter diesem Titel kamen am 27. Januar über 70 Vertreter*innen aus Hessischen Ortsbeiräten nach Gießen. Eingeladen hatten die SGK Hessen und die Akademie für Kommunalpolitik.

„Ich freue mich, dass so viele unserer Einladung gefolgt sind. Das zeigt, dass Ortsbeiräte politisch interessiert sind und sich vernetzen

wollen“, sagte die SGK Vorsitzende Kirsten Fründt in ihrer Begrüßung.

Das Einführungsreferat hielt Endrick Lankau, Fachanwalt für Verwaltungsrecht und ehemaliger Bürgermeister von Groß Gerau. Sein Plädoyer: Ortsbeiräte sollen ihre Rechte, die ihnen die Hessische Gemeindeordnung einräumt auch ausschöpfen. Sie haben das Recht, über Planungen in ihren

Bereichen informiert und gehört zu werden. Sie können Anträge an die Gemeindevertretungen stellen und können Verfügungsmittel bekommen, mit denen eigene Vorhaben umgesetzt werden können.

Adi Schubert berichtete aus Bergen-Enkheim, dass mit der Eingemeindung des Stadtteils nach Frankfurt ein eigenes Budget festgelegt wurde, das bis heute besteht. Immerhin ein dreistelliger Betrag. Dort bestimmt der Ortsbeirat sogar über den Teil des Stellenplans, der den Stadtteil betrifft. Die Verwaltungsstelle ist gleichzeitig Geschäftsstelle des Ortsbeirats und der kümmert sich um Alten- und Jugendarbeit und um die Vereinsförderung.

Mathias Scherer aus Wiesbaden-Nau-rod brachte auch ein gutes Beispiel mit auf die Konferenz. Dort besteht seit 1991 eine Städteverschwisterung mit der Gemeinde Fondettes in Frankreich. Und das ist in Wiesbaden nicht die einzige Verschwisterung auf OrtsbeiratsEbene. Wiesbaden-Bierstadt ist mit Terrasson verschwistert und Biebrich mit der Schweizer Stadt Glarus.

Schließlich berichtete Moritz Röder, Ortsvorsteher im nördlichsten Stadtteil Darmstadts, davon, wie es dem Ortsbeirat gelang, ein Neubaugebiet zu integrieren und zu politisieren.

Wenn der Ortsbeirat der erste Ansprechpartner der Bürger*innen ist, kommen alle Themen auf den Tisch: Schulwegsicherheit, Ausbau der Straßen, Geschwindigkeit des Internets, Spielplatzangebot, Fluglärm, Lärmschutzwand, Verkehrsfluss zum Neubaugebiet.

In der Abschlussdiskussion spielte natürlich die Frage des eigenen Budgets für Ortsbeiräte eine zentrale Rolle.

Aber das wäre leicht zu lösen: statt „Verfügungsmittel“ müssten alle Ortsbeiräte ein eigenes Budget bekommen. Das wäre über die Landeshaushaltsordnung zu erreichen.



Endrick Lankau, Fachanwalt für Verwaltungsrecht und ehemaliger Bürgermeister von Groß Gerau

Aufsuchende Sozialarbeit: neu konzipiert in Lampertheim

Eine Initiative der Koalition im Stadtparlament

Autor Marius Schmidt, Fraktionsvorsitzender SPD Lampertheim

Aufsuchende Sozialarbeit ist kein gänzlich neues Konzept. Wer an Streetworking denkt, der mag Sozialarbeiter*innen in Großstädten unterwegs zu so genannten Hotspots im Kopf haben, an denen Obdachlose auf Alternative und Suchtkranke auf Jugendliche ohne stabiles Elternhaus treffen. Dass Streetworking als aufsuchende Sozialarbeit auch ein Thema für Mittelstädte sein kann und sich eben auch und immer stärker auf

Senior*innen übertragen lässt, zeigt eine Initiative der SPD-Fraktion in der Lampertheimer Stadtverordnetenversammlung.

Ausgangspunkt waren zunächst zwei Initiativen unserer Koalition aus SPD und FDP im Stadtparlament: Wir hatten die Verwaltung gebeten, ein Konzept für aufsuchende Sozialarbeit zu erstellen und gleichzeitig eine Armuts- und Sozialkonferenz ins

Leben gerufen, die den Austausch zwischen Politik, Verwaltung und Sozialverbänden stärken soll.

Altersarmut und Vereinsamung

Eine Erkenntnis dieser Konferenz war, dass in Lampertheim Symptome wie Altersarmut oder Vereinsamung und eben auch die Scham, sich Hilfe zu holen, bestehen. Hier haben wir in enger Zusammenarbeit

mit der Stadtverwaltung angesetzt. Im Rahmen dieser Konferenz wurde von den Sozialverbänden teilweise drastisch klargestellt, dass Phänomene wie Altersarmut oder eben auch Vereinsamung durch schwächer werdende Familienstrukturen auch in Lampertheim greifbar sind. „Es gibt Senior*innen, die täglich etwas im Internet bestellen, weil der Postbote der einzige Mensch ist, den sie am Tag noch sehen“. Ein anderer Satz, der den Teilnehmern in Erinnerung blieb, war der des Vorsitzenden des örtlichen Seniorenbeirates: „Wir wissen sehr genau, dass es Menschen gibt, die sich das Steak bei unserem Sommerfest nicht mehr leisten können und dann aus Scham plötzlich nicht mehr kommen.“

Andere Stimmen in der Konferenz wiesen auf den großen Anteil älte-

rer Kund*innen bei der Lampertheimer Tafel hin. Hiervon konnte sich die SPD-Fraktion auch im Rahmen eines Vor-Ort-Termines bei der Tafel überzeugen, in dessen Rahmen eine Spende überbracht werden konnte.

Auch objektiv zeigt sich, dass Altersarmut immer mehr zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe wird, zu der auch die kommunale Ebene ihren Beitrag leisten muss. In einer Studie von DIW und ZEW aus dem Juni 2017 wird beispielsweise gewarnt, dass bereits 2036 jede*r fünfte Bürger*in im Alter von 67 Jahren armutsgefährdet sein wird. Und das sicher nicht nur in Großstädten. Lampertheim ist sicher keine Großstadt, aber auch kein heiles Dorf. Wir haben gespürt, dass wir unsere soziale Infrastruktur stärken müssen.

Schnittstelle in der Verwaltung

Dementsprechend hat die Verwaltung das Konzept der aufsuchenden Sozialarbeit auf diesen Hinweis abgestimmt. „Wir haben in Lampertheim eine eigene Seniorenbegegnungsstätte. Diese wird durch eine Halbtagskraft mitbetreut. Wir haben den Stellenanteil dieser Kraft aufgestockt, um den aufsuchenden Charakter in der Arbeit abzubilden. Zielsetzung ist es nun, zusätzlich zur Betreuung des Seniorenbeirates und den Veranstaltungen der Seniorenbegegnungsstätte, aufsuchende Sozialarbeit zu betreiben“, erklärt Erster Stadtrat und Sozialdezernent Jens Klingler (SPD). Das Aufgabengebiet jener Stelle umschreibt Klingler wie folgt: „Das heißt: Gezielte Vor-Ort-Besuche, Fallbegleitung durch Anrufe und Betreuung, Ansprechperson sein für Nachbar*innen, Freund*innen und Verwandte, die eine Veränderung



Marius Schmidt, Fraktionsvorsitzender der SPD: Zielgruppe für Sozialarbeit sind Senior*innen. Foto: Robert Hörner

Informationen zum Autor

Marius Schmidt, Politikwissenschaftler, 26 Jahre alt
Seit 2013 Stadtverordneter
Seit 2016 Fraktionsvorsitzender der SPD Lampertheim
Seit 2017 Vorsitzender der SPD Bergstraße

bei einer Seniorin oder einem Senior bemerken, Vermitteln von Hilfsangeboten, z.B. die der Caritas oder der Suchthilfe der AWO, Heranführen an die städtischen Angebote.“ Die Stelle sei also eine wichtige Schnittstelle zwischen den stationären Angeboten und den Menschen.

Als Idealfall sei einfach einmal aufgezeigt: Eine junge Frau bemerkt, dass es bei ihrem 80-jährigen Nachbarn zu Veränderungen kommt. Die Mülltonne wird nicht mehr richtig rausgestellt, er geht immer seltener raus, der Garten verwildert. Sie kann nun die aufsuchende Sozialarbeiterin anrufen. Diese dient als erste Ansprechpartnerin und als so genannte Nummer gegen Kummer. Sie soll nun Kontakt mit dem Herren aufnehmen und vor Ort für sein Wohlergehen Tipps geben und ihn coachen sowie ihn gegebenenfalls an die stationären Angebote wie die Seniorenberatung der Caritas oder den Seniorenbeirat wieder heranführen und vermitteln.

Kontakt Stadtverwaltung Lampertheim, Erster Stadtrat Jens Klingler: Römerstraße 104, 68623 Lampertheim, 06206/935265 j.klingler@lampertheim.de

Gemeinsam für die Ortsinnenentwicklung

Das Projekt „Dorf und Du“

Autoren Dipl.-Ing. Otfried Herling, Projektleiter und M.Sc. Kerstin Quaiser, Projektsteuerin

Demografischer Wandel, steigende Kosten für den Unterhalt von Infrastruktureinrichtungen, der wachsende Siedlungsdruck aus der Metropolregion FrankfurtRheinMain und zugleich vielfältige Innenentwicklungspotenziale in den Ortskernen sowie das 30-Hektar-Ziel der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung fordern die LEADER-Region Wetterau/Oberhessen zur Beschäftigung mit einer qualitätsvollen Ortsinnenentwicklung auf.

ist eine auf die Region abgestimmte Strategie zur Innenentwicklung.

Die Auswahl der am Projekt beteiligten Partner zeigt bereits, dass dabei in den vielfältigen Bereichen der Innenentwicklung gearbeitet wird: Kataster, Architektur, Städtebau, Öffentlichkeitsarbeit, soziale Dorfentwicklung, Ortsdurchfahrten und Forschung. Innenentwicklung ist eine Querschnittsaufgabe, die nur im Zusammenspiel mehrerer Akteure gelingen kann. Ge-



Gemeinsam fürs Dorf

Foto: IFR/Frau Seibert

Mit dem Forschungsvorhaben DORF UND DU greifen die LEADER-Region Wetterau/Oberhessen und die drei Modellkommunen Butzbach, Nidda und Ortenberg genau diese Themen auf. Zusammen mit der Justus-Liebig-Universität Gießen, dem Amt für Bodenmanagement Büdingen und dem Regionalverband FrankfurtRheinMain sowie Partnern aus Architektur, Marketing und Regionalmanagement erproben und entwickeln sie ein Instrumentenset, um die Dörfer attraktiv zu halten und gestalten sowie eine qualitätsvolle Innenentwicklung zu befördern. Ziel des Forschungsvorhabens DORF UND DU, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des Programms „Kommunen innovativ“ gefördert wird,

fragt sind aber nicht nur Planer*innen, Architekt*innen, Geodät*innen, Kommunalpolitiker*innen oder Immobilienentwickler*innen, sondern auch die Menschen, die vor Ort leben und wirken. Qualitätsvolle Innenentwicklung benötigt Bürgerinnen und Bürger, die sich für ihr Dorf einsetzen und Projekte voranbringen. Sie gilt es zu aktivieren und zu unterstützen. Ein dafür geeignetes Instrument ist die Qualifizierungsmaßnahme „Gemeinsam fürs Dorf“, die von Mai bis November 2017 erfolgreich im Projekt erprobt wurde.

Qualifizierungsmaßnahme „Gemeinsam fürs Dorf“

Die Maßnahme zielte darauf ab, ehrenamtlich tätige Akteure für eine

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:
SGK Hessen e.V.,
Marktstr. 10, 65183 Wiesbaden
Telefon: (0611) 360 11 74
Telefax: (0611) 360 11 95
info@sgk-hessen.de

Redaktion: Michael Siebel, V.i.S.d.P.

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel

Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld



Beim Spaziergang durch die Region

Foto: IFR/Frau Seibert

qualitätsvolle Innenentwicklung zu aktivieren, sensibilisieren und auch zu schulen. Dafür wurde ein dichtes Programm aus vier Modulen zu unterschiedlichen Schwerpunkten der Innenentwicklung konzipiert: Identifizierung von Innenentwicklungspotenzialen, Möglichkeiten der Vitalisierung und Umnutzung alter Bausubstanz und der Belebung und Attraktivierung von Ortskernen. Aber auch das methodische Rüstzeug für eine qualitätsvolle Innenentwicklung, wie z.B. der Dialog mit dem Ortsbeirat sowie Dorfspaziergänge, war Thema. Die Teilnehmer*innen hatten immer die Möglichkeit, zu diskutieren und sich über die gemeinsame Arbeit auszutauschen sowie voneinander zu lernen. Dadurch bildeten sich Netzwerke – auch mit dem Ziel der Verstetigung.

Expert*innen speisten entsprechend der Schwerpunktthemen ihr Wissen ein und beantworteten Fragen. Ihre fachliche Expertise war ebenso vielfältig wie das Programm: Regionalentwicklung, Architektur, Geodäsie, Bauamtsleitung, Visionär*innen der Dorfentwicklung, LEADER-Manager*innen und Wirtschaftsförderung. Sie sorgten für unterschiedliche Sichtweisen und vermittelten den Teilnehmenden Handlungsansätze, um sich in Ihrem Dorf für die Innenentwicklung einzusetzen.

Die Veranstaltungsorte wurden so gewählt, dass sie Anschauungsmaterial aus der Region boten. Beispielsweise fand das Modul zur Attraktivierung der Ortskerne und Umnutzungen alter Hofreiten in der Neuen Mitte in Nidda Wallernhausen statt, sodass der Referent, ein

Architekt, das gute Beispiel den Teilnehmenden vor Ort erläutern konnte. Anschauungsmaterial bot auch die Exkursion zu guten Beispielen in der Region. Sie ermöglichte einen Blick über den Tellerrand und trug außerdem zur Vernetzung der Teilnehmenden bei.

Die Qualifizierungsmaßnahme „Gemeinsam fürs Dorf“ sprach so viele Interessierte aus der Region an, dass ein zweiter Durchlauf geplant werden musste. Das Fazit der anderen Teilnehmenden war durchweg positiv: Die Maßnahme biete Raum für die Auseinandersetzung mit dem eigenen Ort, ermögliche Austausch mit Gleichgesinnten, der zum Engagement motiviere, und vermittele Grundwissen zur Innenentwicklung. So bekommt Ortsinnenentwicklung Vorfahrt.

Verstetigung 2018 durch Mitstreiter und Regionalstrategie

Die Qualifizierungsmaßnahme wurde im November 2017 erfolgreich beendet. Nun gilt es für die geschulten Teilnehmer*innen, das erworbene Wissen anzuwenden. Dies geschieht bereits in einigen Dörfern, wie Nidda Ober-Schmitteln, Butzbach Ostheim oder Büdingen Vonhausen. Zugleich müssen die entstanden Netzwerke verstetigt werden. Dies gelingt, indem weiterhin Treffen der Teilnehmenden stattfinden und diese aber auch in die Strategie zur Ortsinnenentwicklung eingebunden werden.

Link zur Webseite des Forschungsvorhabens DORF UND DU:

www.dorfunddu.de

Gesundheitsversorgung auf dem Land in Hessen

Wohnortnahe Versorgung aufrechterhalten

Autorin Dr. Daniela Sommer, MdL; gesundheits- und pflegepolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion

Die gesellschafts- und berufsstrukturellen Veränderungen, der demografische Wandel, die steigende Lebenserwartung, medizinische Innovationen und Veränderungen stellen große Herausforderungen an eine bedarfsgerechte, an die Menschen angepasste medizinische, therapeutische und pflegerische sowie flächendeckende und wohnortnahe Gesundheitsversorgung in Hessen dar. Um für die Zukunft sicherzustellen, dass alle Bürger*innen sich gleichermaßen auf eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung – unabhängig von Geldbeutel, Wohnort oder Lebensumständen – verlassen können, bedarf es der Weiterentwicklung des Gesundheitswesens.

Sektorenübergreifende Gesundheitsversorgung

Kreise und Kommunen müssen in enger Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Haus- und Fachärzt*innen sowie Pflege- und Krankenkassen neue Strategien und Projekte entwickeln, damit eine wohnortnahe Versorgung aufrechterhalten werden kann. Dazu gehört die bessere Verzahnung von stationärer und ambulanter Behandlung. Beispielhaft sind kommunale medizinische Versorgungszentren (MVZ), die Leistungen aus den Bereichen Prävention, Rehabilitation und Pflege erbringen. In den modernen Praxisräumen könnten ärztliche und nicht-ärztliche Dienstleister untergebracht werden, so dass den Bedürfnissen der Menschen Rechnung getragen werden kann. Ein solches Gesundheitszentrum ist in Form eines Hausarztzentrums in Eiterfeld entstanden. Für SPD-Bürgermeister Hermann-Josef Scheich ist dies ein Modell der Zukunft. Die Gemeinde beteiligt sich finanziell am Hausarztzentrum (50 Prozent der Investitionskosten als Darlehen + für eine Zeitspanne die Kaltmiete). Zudem ist vertrag-

lich geregelt, dass die Arztsitze an die Gemeinde gebunden sind. Neben solchen Gesundheitszentren ist die Vernetzung zu umliegenden Facharztpraxen und nahegelegenen Krankenhäusern sinnvoll, sodass eine ganzheitliche Behandlung und optimierte, individuell abgestimmte Versorgung durch die Abstimmung der Behandlungsabläufe funktionieren kann.

Zunächst aber ist es wichtig, Ärzt*innen und Fachkräfte für das Arbeiten im ländlichen Raum zu gewinnen. Es gibt mehr Mediziner*innen als jemals zuvor. Dennoch steht die medizinische Versorgung gerade auf dem Land vor erheblichen Aufgaben. Die größte Herausforderung besteht darin, die flächendeckende Versorgung zu gewährleisten und Nachwuchs im ärztlichen und nicht-ärztlichen Bereich zu akquirieren. Viele junge Ärzt*innen wollen im Ballungsgebiet oder im Angestelltenverhältnis arbeiten. Nur jede*r zweite*r Hausärzt*in findet derzeit eine Nachfolger*in. Um den Status quo zu halten, müssten mindestens doppelt so viele Fachärzt*innen für Allgemeinmedizin ausgebildet werden. Die medizinischen Fachbereiche sind gefordert, die Ausbildung von Allgemeinmediziner*innen zu forcieren. Als SPD-Landtagsfraktion setzen wir uns für die Schaffung weiterer Medizinstudienplätze, mehr Praxisanteile und eine verbesserte Verknüpfung von Theorie und Praxis ein.

Wir wollen die Entscheidung für eine ärztliche Niederlassung im ländlichen Raum bzw. in unterversorgten Bereichen durch geeignete Förderinstrumente erleichtern. Neben finanziellen Anreizen ist es die Bereitstellung weicher Standortfaktoren (Arbeitsbedingungen; Unterstützung bei Bürokratie, Aufbau/Übernahme der Praxis sowie in



Daniela Sommer, MdL: Gesundheitszentren in Hessen etablieren Foto: Daniela Sommer

der dualen Karriere; Arbeitsplatz für Ehepartner, Kita, Schule, Freizeitmöglichkeiten etc.), die eine Ent-

scheidung für den ländlichen Raum begünstigen.

Neben dem Hausarztzentrum in Eiterfeld sollen weitere Beispiele skizzieren, wie Instrumente für eine flächendeckende Versorgung etabliert werden könnten:

Stipendien gegen den Landärztemangel: Der Vogelsbergkreis zahlt Medizinstudierenden monatlich ein Stipendium von 400 Euro (5.-8. Semester), wenn sie sich verpflichten, nach dem Studium insgesamt acht Jahre lang als Landarzt im Landkreis zu bleiben.

Die Projekte „Sei Arzt. In Praxis. Leb' Hessen!“ der Kassenärztlichen Vereinigung, das Projekt „Landarzt werden“ (www.landarzt-werden.de) des Landkreises Waldeck-Frankenberg, „Landarzt-Partie“ der Goethe Uni-

versität sowie Weiterbildungsverbände sind ebenfalls gute Projekte zur Unterstützung beim Berufseinstieg.

Neben Hausarzt*innen sind aber weitere Professionen gefragt, um die Versorgung zu gewährleisten. Eine Unterstützung können u.a. „Gemeindeschwestern“ sein.

Muschenheimer Gemeindeschwester-Projekt: Das Gemeindeschwester-Projekt wurde 2012 begonnen, um der medizinischen Unterversorgung entgegenzuwirken. Es hat sich mittlerweile auf weitere Ortsteile ausgeweitet, sodass es v. a. ältere und nicht mobile Menschen auf vielfältige Weise versorgt. Der SPD-Bürgermeister Bernd Klein der Stadt Lich schätzt das derzeit auf Spenden angewiesene Projekt sehr und bewertet es als wichtige Infrastrukturleistung für Lich und seine Bürger*innen.

Als ergänzende Unterstützung der Hausarzt*innen will die hessische SPD gut ausgebildete „Gemeindeschwestern“ und Gesundheits-/Nahversorgungszentren in Hessen etablieren.

Für die Zukunft brauchen wir insgesamt einen Plan zu Versorgungsstrukturen, der sowohl den demografischen Herausforderungen als auch den limitierten Möglichkeiten in den klassischen Versorgungssettings und dem Fachkräftemangel in der Pflege Rechnung trägt. Einzelne Bausteine können dafür u. a. die vorgestellten Projekte sein.

Wir müssen schon heute für morgen vorsorgen und einen gesamtheitlichen Versorgungsplan aufstellen, der eine bedarfsgerechte, flächendeckende und wohnortnahe Gesundheitsversorgung in Hessen ermöglicht!

Aktives Frauennetzwerk

Handtaschenbörse zugunsten des Frauenhauses im Landkreis Kassel

Autorin Anette Milas, Vorsitzende des Vereins Frauen helfen Frauen im Landkreis Kassel e. V.

Frauen und Handtaschen – ein Klischee. Wenn das Klischee aber für einen guten Zweck genutzt wird, ist es ein gutes Klischee. Bereits zum vierten Mal lud der Verein „Frauen helfen Frauen im Landkreis Kassel e. v. zur Handtaschenbörse zugunsten des Frauenhauses im Landkreis Kassel ein.

Im Vorfeld startete der Verein über die Medien einen Aufruf, Taschen zu spenden, die dann bei einer Börse verkauft werden sollten. Schier überwältigend waren die Organisatorinnen von der Menge der Spenden. Rund 2.000 Taschen kamen zusammen, eine schöner als die andere, und es fehlte auch nicht an ausgesuchten Markentaschen.

Die erste Börse fand in Niestetal statt, dort hatte der Verein eine neue Beratungsstelle gerade eröffnet. Es erinnerte schon etwas an den „Sommerschlussverkauf“ von früher, als die Verkaufstüren sich öffneten.

Es folgten noch drei Durchgänge in Baunatal und Hofgeismar – alle mit nicht nachlassendem Erfolg.

Insgesamt wurden über 6.000 Euro eingenommen und das ist noch nicht das Ende der Fahnenstange. Die Nachfrage ist groß, Material ist noch vorhanden und somit steht einer Wiederholung in einem anderen Teil des Landkreises nichts entgegen. Wir sind begeistert von der Resonanz. Sowohl von der Vielzahl der Spenden, aber auch von dem Erfolg der Verkäufe. Neu erfunden haben wir die Handtaschenbörse nicht. Wir haben uns an den Erfahrungen anderer Veranstalter orientiert und unser Konzept daraus entwickelt. Die Vorbereitungen haben viel Zeit und Arbeit in Anspruch genommen, aber auch viel Spaß gemacht.

Wichtig war aber vor allem auch, bei den Verkaufsveranstaltungen auf den Verein aufmerksam zu machen. Der Verein „Frauen helfen Frauen im



Verkauf für einen guten Zweck

Foto: Ingrid Jünemann

Landkreis Kassel e. V.“ betreibt das Frauenhaus im Landkreis Kassel und fünf Beratungsstellen.

Häusliche Gewalt findet tagtäglich um uns herum statt. Es ist nicht immer die gebrochene Hand oder das blaue Auge. Häusliche Gewalt sind auch die jahrelangen Demütigungen, Drohungen und Einschränkungen im täglichen Leben. Und niemand ist davor sicher!

Die Nachfrage nach Beratung und Hilfe steigt stetig an. Die Frauen sind mutiger und aufgeklärter geworden. Und das ist gut so!

**Kontakt Daten Frauen helfen Frauen im Landkreis Kassel e. V.: An der Stadthalle 7, 34225 Baunatal
Telefon: 0561/49 10 434
frauenberatung-lk-kassel@t-online.de
www.frauenhaus-lk-kassel.de**

Landesdelegiertenkonferenz der SGK Hessen

Samstag, den 21. April 2018

10.00 Uhr bis 14.00 Uhr

im Bürgerhaus Langgöns-Niederkleen

Pestalozzistr. 1, 35428 Langgöns

Tagesordnung

- 10.00 Uhr Eröffnung und Begrüßung durch die Vorsitzende **Kirsten Fründt**
 Konstituierung der Konferenz
 Grußwort **Horst Röhrig**, Bürgermeister von Langgöns
 Grußwort **Anja Asmussen**, Bürgermeisterkandidatin der SPD Langgöns
 Grußwort **Prof. Dr. Jan Hilligardt**, Geschäftsführender Direktor Spitzenverbände
 Grußwort **Christoph Mädge**, Referent der Bundes-SGK
Referat Thorsten Schäfer-Gümbel, Vorsitzender der SPD Hessen

Berichte

Aussprache zu den Berichten und Entlastung des Vorstands

Wahlen

Verabschiedung der ausscheidenden Vorstandsmitglieder

Vergabe Hessen-Löwe

Vergabe Marie-Bittorf-Preis

Anträge

Übergabe der Zertifikate zur Kommunalakademie Hessen

Schlusswort

Rückblick: Landesdelegiertenkonferenz Dezember 2016



Landesdelegiertenkonferenz: Wichtige Wahlen stehen an.



Der SPD Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel wird auch in diesem Jahr wieder bei der SGK Hessen zu Gast sein.



Angeregte Diskussionen



Michael Siebel, Geschäftsführer der SGK Hessen e.V., im Einsatz für die kommunale Sache



Kirsten Fründt bei ihrer Antrittsrede



Der Wiesbadener Oberbürgermeisters Sven Gerich beim Grußwort



Thorsten Schäfer-Gümbel, Monika Sperzel, Kirsten Fründt, Sven Gerich, Andreas Güttler (v.l.)



Auf der Landesdelegiertenkonferenz 2016: Prof. Dr. Jan Hilligardt, Geschäftsführender Direktor des Hessischen Landkreistages, Manfred Sternberg, Geschäftsführer der Bundes-SGK, Bürgermeisterin Gisela Stang (v.l.)